

**Motion Fraktion SVP/JSVP (Margrit Thomet, SVP) vom 14. August 2003:
Unhaltbare Situation bei der Reitschule zwingt zum sofortigen Handeln;
Abschreibung der Punkte 3, 4 und 7**

In der Sitzung vom 6. November 2003 behandelte der Stadtrat die folgende Dringliche Motion der Fraktion SVP/JSVP (Margrit Thomet, SVP) betreffend unhaltbare Situation bei der Reitschule zwingt zum sofortigen Handeln:

In den vergangenen Sommermonaten ist es unzählige Male zu vielen Übergriffen (laut Medien ca. 10 Mal) von der links-extremen, der Reitschule nahe stehenden Gruppierung, meistens verummten Personen, auf die Polizei gekommen. Damit einhergegangen sind zum Teil schwere Sachbeschädigungen.

Diese Gewalteskalationen, die meistens von der Reitschule ausgehen, sind die nicht tolerierbaren Früchte einer jahrelangen Protektion und Verhätschelung des rechtsfreien Raums in der Reitschule von unserer links-grünen Stadtregierung.

Nach der Vollversammlung der Betreiber der Reitschule ist die Situation um nichts besser geworden. Alle verurteilen die Gewalt, doch niemand will endlich handeln. Die Gewalttätigen sind nicht bereit, klar auf ihre staatsfeindlichen, gewalttätigen Aktionen zu verzichten. Es liegt hier von diesen Leuten laut Medienberichten keine Verzichtserklärung auf Personen- und Sachangriffe vor.

Die Zeit zum Verhandeln ist nun nach langem, mühsamen Abwarten auf konkrete Resultate zu Ende. Der Gemeinderat ist aufgefordert, ab sofort zu handeln und die Gewaltaktionen zu unterbinden.

In diesem Zusammenhang stellen wir von der SVP/JSVP folgende Forderungen, die der Gemeinderat bei der Bewältigung der Probleme mit der Reitschule und im Leistungsvertrag berücksichtigen muss. Sollten durch diese Massnahmen Mehrkosten entstehen, bitten wir den Gemeinderat einen entsprechenden Kredit dem Stadtrat vorzulegen.

Die Fraktion SVP/JSVP verlangt folgende Sofortmassnahmen:

1. Der Gemeinderat spricht keinen Nachkredit für das Jahr 2003.
2. Im Budget 2004 ist der Betriebsbeitrag vom Gemeinderat sofort bis auf eine Lösung der bestehenden Missstände zu sistieren. Sind keine Verhandlungen mit den Verantwortlichen, also mit der IKuR möglich, streichen des Betriebsbeitrags 2004.
3. Die SVP/JSVP verlangt eine überparteiliche stadträtliche Gruppe, die in den nächsten 2 bis 3 Wochen einen Termin zur Besichtigung der Reitschule festlegt. Wir müssen die Infrastruktur der Reitschule kennen lernen. Die Stadt muss wissen, von welchen Gruppierungen die vorhandenen Räume benutzt werden, auch die Räumlichkeiten, die nicht für kulturelle Anlässe benützt werden. Es muss klar werden, welche Infrastrukturen die politischen Gruppierungen auf Kosten der Steuerzahler benutzen.
4. Die Leistungsverträge mit den Kulturinstitutionen sind in der Finanzkommission und im Stadtrat genehmigt und verabschiedet worden. Darin hat der Leistungsvertrag mit den Reitschulbetreibern gefehlt. Wir verlangen vom Gemeinderat, diesen möglichst rasch im Gemeinderat und anschliessend im Stadtrat vorzulegen.
5. Der in Verhandlung stehende Leistungsvertrag kann nur abgeschlossen werden, wenn die extrem-linken Agitationen in all ihrer Vielfalt, sprich europaweite Organisation für Demos, national organisierte Verbindungen und Demonstrationen und städtische Ausschreitungen total verboten und polizeilich effizient kontrolliert und wenn notwendig erfolgreich be-

kämpft werden. Rückzüge der Polizei wegen Angriffen von Vermummten und Linkschaoten darf es in Zukunft nicht mehr geben.

6. Im Leistungsvertrag muss klar geregelt werden, welche Sanktionen ergriffen werden müssen, wenn dieser verletzt wird. Je nach Vorfall werden die Beiträge sofort gestrichen oder die Reitschule wird vorübergehend oder länger, je nach Strafmass, geschlossen. Für die Sachbeschädigungen haften die Verursacher.
7. Der Leistungsvertrag darf nicht nur den kulturellen Betrieb beinhalten, sondern auch die Kontrolle und Überprüfung des wirtschaftlichen Bereichs, wie dies bei allen anderen Leistungsverträgen der Fall ist. Dazu gehören klare Richtlinien bezüglich der politischen Aktivitäten.

Begründung der Dringlichkeit:

Es besteht eine von allen anerkannte Notsituation. Ein rasches Handeln ist dringlich.

Bern, 14. August 2003

Dringliche Motion Fraktion SVP/JSVP (Margrit Thomet, SVP), Thomas Weil, Erich Ryter, Kurt Hirsbrunner, Hans Ulrich Gränicher, Rudolph Schweizer, Vinzenz Bartlome, Rudolf Friedli

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Die Punkte 1, 2, 5 und 6 der Motion wurden abgelehnt. Die Punkte 3, 4 und 7 hat der Stadtrat erheblich erklärt. Sie sind mittlerweile erfüllt und können abgeschrieben werden.

Bericht des Gemeinderats

Zu Punkt 3:

Am 19. Januar 2004 wurde für die Kommission für Finanzen, Personal, Kultur und Öffentliche Sicherheit (FKÖ) und weitere interessierte Mitglieder des Stadtrats eine Führung durch die ganze Reitschule und die Grosse Halle organisiert. Sie war rege besucht. Abschliessend gab es Gelegenheit für zahlreiche Fragen zum Betrieb und zur Nutzung der Reitschule. Damit ist die Forderung erfüllt.

Zu Punkt 4:

Der Gemeinderat hat den Vortrag betreffend Leistungsverträge mit der Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR) und dem Verein Grosse Halle am 5. November 2003 zuhanden des Stadtrats verabschiedet. Die Vorlage wurde am 16. Februar 2004 von der Kommission FKÖ und am 18. März 2004 vom Stadtrat behandelt. Damit ist die Forderung erfüllt.

Zu Punkt 7:

Die vom Stadtrat am 18. März 2004 genehmigten Leistungsverträge mit der IKuR und dem Verein Grosse Halle sind nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist rückwirkend auf den 1. Januar 2004 in Kraft getreten. Artikel 14 (Rechnungsführung und Einsichtsrecht) regelt die Kontrolle und Überprüfung des wirtschaftlichen Bereichs. Eine ausdrückliche Bestimmung über die politischen Aktivitäten enthält die Vereinbarung nicht. Diese bezieht sich ausschliesslich auf kulturelle und soziale Leistungen der Reitschule. Auf Richtlinien bezüglich der politischen Aktivitäten wurde verzichtet; für diese gilt die allgemeine Rechtsordnung. Damit ist diese Forderung grösstenteils erfüllt.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die als erheblich erklärten Punkte 3, 4 und 7 der Motion als erfüllt abzuschreiben.

Bern, 15. September 2004

Der Gemeinderat